

## **Ragnar Leunig**

Gastdozent Adam Mickiewicz Universität Poznan und Centre International de Formation  
Européenne (CIFE), Nizza, Berlin

### **TRANSATLANTISCHE BEZIEHUNGEN - GEFÄHRDETE PARTNERSCHAFT ODER KONTINUITÄT?**

Seit dem Ende der Sowjet-Union (1991), des Warschauer Paktes und damit des Ost-West Konfliktes hat sich das Schwergewicht der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika immer mehr Richtung Naher Osten und Asien verlagert. Der Einfluss der europäischen Politik auf die USA ist immer geringer geworden.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges und mit dem Beginn der Auseinandersetzung mit der Sowjet-Union verband sich für die amerikanische Weltmacht in ihrer Westeuropapolitik in idealer Weise das Sendungsbewusstsein zur Demokratisierung „to make the world safe for democracy“ (US-Präsident Wilson 1917) mit der politischen und wirtschaftlicher Stabilisierung der europäischen Staaten und mit der „containment policy“ gegenüber der Sowjet-Union und den amerikanischen Wirtschafts- und Finanzinteressen auf dem europäischen Markt<sup>1</sup>.

Die sich entwickelnde wirtschaftliche Integration Westeuropas war im politischen und wirtschaftlichen Interesse der USA, da die prosperierende Wirtschaft Westeuropas für den Export und die Investitionen der USA von großem Nutzen war.

---

<sup>1</sup> D. Junker, *Power and Mission. Was Amerika antreibt*, Freiburg 2003, 86ff. R. Leunig, *Die amerikanische Europapolitik in einer Zeit der Krisen*, [In:] *Partnerstwo Wschodnie. Wielka szansa Europy. Eastern Partnership. Great chance for Europe*, Hg Janusz Sawczuk, Poznań-Chorzów 2011, S. 315–328.

Die politische Festigung der westeuropäischen Staaten strahlte auch auf die Satellitenstaaten der östlichen Supermacht aus. Von dem amerikanischen Interesse profitierte besonders die Bundesrepublik Deutschland. Nur wenige Jahre nach dem Weltkrieg war das junge Land zu einem politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Partner der Vereinigten Staaten geworden<sup>2</sup>.

Vor 1989 war die integrationspolitische Förderung der Europäischen Union durch die USA aber längst beendet, da die europäischen Exporte nach Amerika schneller stiegen als die amerikanischen in die EU und auch die europäischen Investitionen in die USA höher waren als umgekehrt<sup>3</sup>.

Der amerikanische Präsident George H. Bush (1989–1993) vermochte durch besonnene Politik die Folgen des Zerfalls der Sowjet-Union aufzufangen und sein Einsatz war entscheidend für die deutsche Einheit. Die Vereinigten Staaten waren jetzt die einzige politische und militärische Supermacht. In einer Zeit der Globalisierung setzte sich Bush auch in der neu gegründeten World Trade Organisation (WT seit 1995) für Freihandel und Protektionismus ein<sup>4</sup>.

Sein Nachfolger William Clinton (1993–2001) war auch in seiner Außenpolitik stark ökonomisch orientiert. Er vermochte in den USA Wirtschaftswachstum und Bruttoinlandsprodukt zu steigern, viele Arbeitsplätze zu schaffen und dem ihm folgenden George W. Bush einen positiven Haushalt zu übergeben<sup>5</sup>.

Zwar stiegen die gegenseitigen Investitionen zwischen der Europäischen Union und den USA weiter an. Der Handelsaustausch zwischen den Partnern machte fast 40% des Welthandelsvolumens aus. Aber trotz der positiven Wirtschaftsdaten kam es permanent zu Streitigkeiten zwischen den USA und der EU im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wegen gegenseitiger protektionistischer Maßnahmen, obwohl die strittigen Punkte nur einen geringen Prozentsatz des Handelsaustausches ausmachten (EU-Bananenordnung, US-Stahlsubventionen).

In der Tradition der amerikanischen Außenpolitik ist Demokratisierung und Marktwirtschaft miteinander zu kombinieren, förderten Clinton wie auch George W. Bush (US-Präsident 2001–2009) die EU-Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten (Big Bang 2004) mit der erhoffte politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung und Marktöffnung. Einwände von russischer Seite selbst gegenüber einer Einbeziehung der Ukraine in die Erweiterung der EU bestanden nicht: Wenn die Ukraine der EU beitreten will und dort willkommen

---

<sup>2</sup> R. Leunig, *op. cit.*, S. 168.

<sup>3</sup> J. van Scherpenberg, *Die Außenhandelspolitik der USA zwischen Freihandel und Protektionismus*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (künftig: APuZ) 1985, Bd. 17, S. 19–35, hier 21.

<sup>4</sup> S. Bierling, *Geschichte der amerikanischen Außenpolitik von 1917 bis zur Gegenwart*, München 2003, S. 211; R. Felske, *Die neue WTO-Runde. Meilenstein auf dem Weg zu einer globalen Wirtschaftsordnung*, APuZ 199, Bd. 46–47, S. 3–11.

<sup>5</sup> *Ibidem*.

ist, können wir das nur begrüßen. „Ein EU-Beitritt der Ukraine „macht uns keine Sorgen“ (Russlands Präsident Wladimir Putin, 2001–2008 und seit 2012)<sup>6</sup>.

Einig waren sich auch die USA und Russland in der Reduzierung der Atomkräfte, da nach dem Zerfall der Sowjet-Union Atomwaffen auch auf dem Gebiet der Ukraine lagen. Im Budapester Memorandum von 1994 verzichtete die Ukraine auf die Atomwaffen, worauf die Signatarmächte USA, Russland und Großbritannien „...respect the Independence and Sovereignty and the existing borders of the Ukraine“ Die Mächte garantierten „...to refrain from threat or of force against the territorial integrity or political and independence of Ukraine...“ und „to refrain from economic coercion...“<sup>7</sup>.

Die politischen Eliten in den USA, ob Präsidenten, republikanische oder demokratische Politiker, kritisieren seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes permanent die Reduzierung der Sicherheitshaushalte der übrigen NATO-Staaten. Ihrer Ansicht nach sind die militärischen Anstrengungen der Partner unzureichend für die Bewältigung der internationalen Konflikte. Sinnbild hierfür war aus amerikanischem Blickwinkel die Krise um Bosnien und den Kosovo. Hier sahen sich die US genötigt, einzugreifen, obwohl sie selbst weder politische noch Strategische oder militärische Interessen in der Region hatten. Es entstand in den vereinigten Staaten der Eindruck, dass die Europäer nicht in der Lage waren, ihre Probleme selbst zu lösen<sup>8</sup>.

## Die Entfremdung zwischen USA und Europa

Die Regierung George W. Bush wünschte keine Fortschritte in der Klimapolitik. Gleichzeitig lehnten die USA die Kooperation mit dem neu errichteten Internationalen Gerichtshof in Den Haag ab. In den früheren Jahrzehnten hatte die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa und Deutschland eine Vertrautheit vieler Amerikaner mit Europa gebracht. Nach dem weitgehenden Abzug der USA wuchs die Entfremdung zwischen den Partnern<sup>9</sup>.

Nach den Angriffen auf New York 2001 („nine eleven“) gewann die US-Regierung mit der erstmaligen Anrufung des Artikels 5 des NATO-Vertrages die Unterstützung aller europäischen Partnerstaaten im Kampf gegen Al Kaida und Taliban in Afghanistan. Aber ohne stichhaltige Beweise für den Besitz

---

<sup>6</sup> *Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*. 13. Aufl., Baden Baden 2014, S. 164–173 (künftig *Europa A-Z*).

<sup>7</sup> <http://www.faz.net>. Putin im Gespräch mit spanischem Regierungschef Zapatero 10.12.2004; Memorandum on Security Assurances 1994; *European Unification in the Twentieth Century. A Treasure of Readings*, Hg. Frans A. Alting von Geusau, Nijmegen 1998, S. 102–108, hier 104.

<sup>8</sup> S. Bierling, *op. cit.*, S. 232; R. Leunig, *op. cit.*, S. 319.

<sup>9</sup> R. Leunig, *op. cit.*, S. 320.

von Atomwaffen angezettelte Krieg der USA gegen den Irak, brachte den Tiefpunkt der amerikanisch-europäischen Beziehungen. Aus der Sicht der US-Regierung spaltete sich Europa in „New Europe“, das mit Großbritannien, den süd- und osteuropäischen Staaten, sicherheitspolitisch auf die USA ausgerichtet und diesen Einsatz trotz der unilateralen Führung durch Bush unterstützte.

Aber es waren mit „Old Europe“ vor allen Dingen Frankreich und Deutschland die eine Mitwirkung ablehnten. Erstmals hatte die Bundesregierung Deutschlands unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder (1998–2005) die „Doppelbindung“ Washington-Paris zugunsten Frankreichs aufgegeben. Die beiden Staaten versagten sich wegen der Rücksichtnahme auf Russland auch dem Versuch von Bush die Ukraine stärker an die NATO zu binden. Obwohl Kanzlerin Angela Merkel (seit 2005) es unternahm, die Beziehungen zu den USA neben der Bindung an Frankreich wieder zu verbessern. Auch die Planungen von Bush in Polen und Tschechien ein Rakenschutzschild gegen sogenannte „Schurkenstaaten“ („rogue states“) stieß auf Ablehnung durch Russland.

„Der Krieg gegen den Terror“ und Steuersenkungen belasteten den US-Haushalt. Eine Politik des billigen Geldes ließ die Bevölkerung verschulden. Protektionistische Befürworter gab es damals auf Seiten der regierenden Republikaner wie der Demokraten. Maßnahmen wurden aber wegen des Widerstandes der Welthandelsorganisation verworfen. Trotz der Handelsstreitigkeiten und der politischen Entfremdung wuchs der Handel zwischen den USA und den Ländern der europäischen Union. Aber die Krise der amerikanischen Banken, der Industrie wirtschaftliche Probleme der Amerikaner mit unbezahlbaren Immobilien verschärften den wirtschaftlichen Absturz der Vereinigten Staaten und griff auch auf Europa über<sup>10</sup>.

Europa und die USA waren zwar gute wirtschaftliche Partner aber auch Rivalen. Die Auseinandersetzung um den Irak-Krieg, die unterschiedlichen Ansichten zur Umweltpolitik, die Verletzung der Menschenrechte (Guantanamo) vertieften aber die transatlantische Spaltung. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Krise und der Auseinandersetzungen mit Europa waren die Vereinigten Staaten nicht mehr die unumstrittene Supermacht<sup>11</sup>.

### Obamas Präsidentschaft: „A change“?

Die Erwartungen an die Präsidentschaft von Barack Obama (2009–2017) waren hoch, zu hoch. Zwar gelang es ihm durch Eingriffe bei Banken und Industrie und eine weitere Staatsverschuldung die Krise zu steuern und schließlich auch das Bruttoinlandsprodukt zu steigern und die Arbeitslosigkeit zu senken. Mit dem

---

<sup>10</sup> R. Leunig, *Entwicklung und Perspektiven polnisch-deutscher Beziehungen*, „Krakowskie Studia Międzynarodowe“ 2008, Nr. 4, S. 269–284, hier 280f.

<sup>11</sup> R. Leunig, *op. cit.*, I 32f.

Gesundheitssystem „Obamacare“ wurden trotz aller Probleme die meisten Amerikaner Nutznießer einer Gesundheitsversicherung.

In der Außenpolitik von Obama bleibt die Bilanz jedoch zwiespältig. Der versprochene Abzug der Truppen aus dem Irak, hat im Irak und Syrien eine Region hinterlassen, in der die Terrormiliz IS weitere Gebiete erobert und eine Schreckensherrschaft errichten konnte. Zwar verringern islamistische und andere Gruppen, mit den Kurden und amerikanischer Luftunterstützung aber auch die Armee von Syriens Präsident Assad mit massiver russischer militärischer Hilfe den Einflussbereich von IS. Obama hat seine Glaubwürdigkeit teilweise verspielt als er das Überschreiten einer von ihm gezogenen „rote Linie“ gegenüber dem syrischen Einsatz chemischer Waffen nur verbal beantwortete. Völkerrechtlich fragwürdig ist der amerikanische Einsatz von Drohnen gegen Terroristen. Im Kampf um Afghanistan ist eine Stabilisierung trotz allen Einsatzes nicht zu erwarten.

Erfolgreicher war ein Abkommen mit Iran unter Mitwirkung Russlands zur Nichtproduktion von Atomwaffen. Mit Cuba wurden Beziehungen aufgenommen. Aber Nordkorea betreibt mit seiner Atom- und Militärpolitik eine Gefährdung der Region und darüber hinaus. Präsident Obama konzentrierte sich in seiner Politik auf Asien und den Nahen Osten. Europa trat weiter zurück. Da er aber im Gegensatz zu Bush einen multilateralen Ansatz in seiner Außenpolitik pflegte, waren die meisten europäischen Politiker positiv gegenüber der amerikanischen Regierung eingestellt. Eine Annäherung der Ukraine an die NATO wurde aufgegeben, die Planungen für einen Raketenschutzschild nicht weiter verfolgt.

In der Klimapolitik trat die amerikanische Regierung für eine Begrenzung der Erwärmung auf 2 Grad sein. Obama wurde zwar 2012 wiedergewählt, vermochte seine Planungen aber wegen der republikanischen Mehrheiten in Senat und Repräsentantenhaus – die jetzt eine absolute Blockadepolitik verfolgten – nur durch präsidentielle Direktiven vorantreiben, die ein Nachfolger wieder aufheben konnte. Einen Gegensatz speziell zur deutschen Politik stellte die amerikanische Forderung dar, den deutschen Konsum und auch die Lohnkosten in Deutschland zu erhöhen. Man erhoffte dadurch amerikanischerseits eine Steigerung des US-Exports und einen Abbau des deutschen Handelsbilanzüberschusses gegenüber den USA<sup>12</sup>.

Einen Hauptgrund für die wachsende Distanz zwischen Russland einerseits und den USA und den anderen NATO-Staaten andererseits stellte die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten in die NATO nach 1999 dar<sup>13</sup>.

1990 hatten der damalige US-Außenminister James Baker und auch Hans-Dietrich Genscher, der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, versichert, dass an eine Osterweiterung der NATO nicht gedacht sei. Schriftlich wurde

<sup>12</sup> M. Staeck, *Die Außenpolitik der Bush-Administration*, APuZ 37-38/2008, S. 6–11.

<sup>13</sup> R. Leunig, *op. cit.*, 323f.

das nie fixiert. Zu dieser Zeit bestand ja auch noch der Warschauer Pakt. Es war der freie Wille dieser Staaten sich der NATO anzuschließen. Aber in Russland wurde es als ein Ring angesehen, den die NATO um Russland legen wollte<sup>14</sup>.

Obama hatte die Anbindung der Ukraine an die NATO nicht weiterverfolgt. Aber die westlich orientierte Regierung der Ukraine nach 2005 verhandelte über die Assoziation an die: Europäische Union. Putin, der inzwischen seine Meinung zur Ukraine und EU geändert hatte, stellte den stärker russisch orientierten ukrainischen Präsidenten Janukowitsch 2013 vor die Alternative: Bei einer Assoziation mit der EU würde es zu einem Stop der Wirtschaftsbeziehungen Russlands mit der Ukraine kommen. Stattdessen bot er der Ukraine eine Mitgliedschaft in der russisch orientierten Eurasischen Gemeinschaft an, womit die Ukraine wieder stärker in die russische Einflussphäre gekommen wäre. Janukowitsch lehnte daraufhin die Assoziation mit der EU ab. Die folgenden Demonstrationen auf dem Maidan in Kiew, die Vertreibung des korrupten Präsidenten und die folgenden Wahlen zeigten, dass die Mehrheit der Ukrainer eine Abkehr vom Westen nicht wünschte. Es kommt schließlich 2016 zur Einleitung der Assoziation der Ukraine mit der EU<sup>15</sup>.

Putin war es nicht gelungen, die Ukraine auf die russische Seite zu ziehen. Aber Teilziele schienen ihm erreichbar zu sein. Ein „Tarnkappenkrieg“ (Dau-send/Thumanri) und ein von der Ukraine nicht anerkanntes Referendum führten zur Annexion der Krim durch Russland<sup>16</sup>. Hier waren die Unterzeichner des Budapester Memorandums, vor allem die USA, gefordert. Im Namen der G7, also auch der Vereinigten Staaten, sagte der kanadische Premierminister Stephen Harper, dass Russland das Budapester Memorandum verletzt habe. Die Ukraine habe auf die Atomwaffen verzichtet „on the basis of an explicit Russian guarantee of the territorial integrity!“<sup>17</sup> – Antizentralistische, separatistische Bewegungen gegen Kiew im ostukrainischen Donbass führten mit Unterstützung Russlands zur Abspaltung dieses Gebietes von der Ukraine<sup>18</sup>.

Die Europäische Union verhängte Sanktionen gegen die ihrer Ansicht nach völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, sowohl gegen Privatpersonen wie gegen Unternehmen. Wegen der starken Abhängigkeit europäischer Unternehmen stießen diese Sanktionen auch auf Widerstand in Europa. Die Haltung der USA war bei geringerer wirtschaftlichen Verbindung zu Russland ganz eindeutig. Wir

<sup>14</sup> *Ibidem*, 325ff.

<sup>15</sup> 1999 wurden Polen, Tschechien, Ungarn NATO-Mitglieder, 2004 die baltischen Staaten, Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Slowenien 2009 Kroatien, Albanien.

<sup>16</sup> Spiegel 48, 24.11.2014, S. 34 (künftig Spiegel); R. Leunig, *Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Ukraine*, [In:] *Polska i Niemcy. Wobec przemian na Ukrainie. Polen und Deutschland angesichts des Wandels in der Ukraine*, Rzeszów 2015, S. 11–28, hier 14f (künftig: R. Leunig, *Ukraine*).

<sup>17</sup> Spiegel 27–33; A. Portnov, *Postsowjetische Hybridität „Eurorevolution“*, APuZ 47–48/2014, S. 3–9 hier S. 6 (künftig A. Portnov).

<sup>18</sup> A. Portnov, *op. cit.*; Die ZEIT 49, 27.11.2014, S. 3.

werden die Sanktionen gegen Russlands Finanz- Energie- und Rüstungssektoren vertiefen und ausweiten, so Obama<sup>19</sup>. Der US-Präsident wandte sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine, die von republikanischer Seite gefordert wurden. Putin willigte im „Minsker Prozess“, der mit Merkel, dem französischen Präsidenten Hollande und dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko ausgehandelt wurde, in einen Waffenstillstand ein, obwohl Russland sicher an einem direkten Zugang zur Krim interessiert war und ist. Die Auseinandersetzungen in der Ostukraine haben trotz des Waffenstillstand- der brüchig bleibt – bisher über 10 000 Menschenleben gefordert. Russland dürfte wegen der Sanktionen vor allem aber auch wegen des Ölpreisverfalls, der den Haushalt des Staates entscheidend trifft, eine Ausweitung des Konfliktes vermieden haben. Die Chance zur Destabilisierung der Ukraine besteht für Russland weiterhin<sup>20</sup>.

In der Ukraine-Krise haben sich die politischen Eliten in den USA und Europas wieder angenähert und auch die Administration von Obama hat auf Europa wieder ein größeres Augenmerk gerichtet „trotz der Differenzen, die es im Bereich Wirtschaft, der Freihandelsfrage (TTIP) und der CIA-Spähaffäre gab. Obama sah am Ende seiner Amtszeit in Europa einen wichtigen Partner für die Zukunft der amerikanischen Außenpolitik“<sup>21</sup>. Es stellte sich die Frage, ob angesichts einer gewissen Kooperation in Syrien im Kampf gegen den IS auch in der Ukraine-Frage eine Annäherung zwischen den USA und Russland erfolgen könnte.

### **USA und Europa: eine neue Ära?**

Während die Vereinigten Staaten 2017 in eine neue Präsidentschaft gingen, hatte die Europäische Union eine Vielzahl von Krisen zu bewältigen. Zwar hatte die EU für ihre Arbeit den Friedensnobelpreis erhalten und konnte ihre Entwicklung 60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge feiern<sup>22</sup>. Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise in den USA hatten die meisten europäischen Staaten besonders in Südeuropa, sprich Griechenland, mit großen wirtschaftlichen und finanziellen Problemen zu kämpfen. Auch der EURO geriet in Gefahr. Mit einem Spar- und Reformkurs, besonders auf deutsche Drängen hin, einerseits und einer lockeren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) andererseits, versuchte

---

<sup>19</sup> Memorandum on Security Assurances, [http://www.larouchepub.com/ciw/public/2014/eirv41n08-20140221/34-35\\_4108.pdf](http://www.larouchepub.com/ciw/public/2014/eirv41n08-20140221/34-35_4108.pdf) (20.01.2017).

<sup>20</sup> F. Schnell, *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*, APuZ 47–48/2014, S. 19.

<sup>21</sup> *Ukraine-Konflikt. USA verschärfen Sanktionen gegen Russland*, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-06/ukraine-konflikt-usa-russland-sanktionen-putin-trump-us-regierung> (20.01.2017).

<sup>22</sup> R. Leunig, *Ukraine*, 21ff.

man der Krise Herr zu werden. Die Arbeitslosigkeit in den südeuropäischen Ländern, vor allem bei der Jugend, stieg gewaltig. Als Folge der Auseinandersetzungen in Syrien kam ein Strom von Menschen nach Europa, vor allem nach Schweden, Deutschland und Österreich. Die EU und die deutsche Regierung hofften auf eine Verteilung der Flüchtlinge auf die anderen EU-Länder. Diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Die Balkanstaaten blockierten den weiteren Durchzug von Flüchtlingen. Eine Regelung mit der Türkei über den Verbleib von Flüchtlingen in diesem Land bleibt umstritten, weil die Türkei als Gegenleistung eine Visafreiheit Richtung EU für ihre Bürger fordert und das Land wegen des autoritären Kurses seines Präsidenten gespalten ist<sup>23</sup>.

Das nächste Problem ist der „Brexit“. Nachdem sich die Mehrheit der Briten für ein Ausscheiden aus der Europäischen Union entschieden hat, stehen schwierige zweijährige Verhandlungen Großbritanniens mit der EU an. Schottland hatte sich mehrheitlich für den Verbleib in der EU ausgesprochen und strebt jetzt ein neues Referendum über eine Unabhängigkeit an. Schwierig auch, dass nach einem Ausscheiden Großbritanniens eine EU-Außengrenze zwischen Nordirland und Irland entstünde<sup>24</sup>.

Als Folge der Wirtschaftskrise, die die nördlichen Staaten der EU allerdings weit besser überstanden haben und der Flüchtlingsproblematik entwickelte sich in vielen EU-Ländern eine Populistisch oft nationalkonservative Strömung in der Bevölkerung National ausgerichtete und gegen die EU eingestellte Gruppierungen gewannen an Einfluss. Die Ablehnung der EU in Großbritannien geht auf diese nationale Einstellung zurück, aber auch die Politik der Partei Fidesz von Orban des Präsidenten in Ungarn und die Partei Recht und Gerechtigkeit (PIS) in Polen. Hier versucht der Politiker Jaroslaw Kaczynski Staat und Gesellschaft umzuformen, was die EU-Kommission als eine Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit des Landes ansieht<sup>25</sup>.

Erschwerend kommt hinzu, dass eine Reihe von Wahlen in Europa anstehen. So war Frankreichs Position geschwächt. Bei den Präsidentschaftswahlen hat die Nationalistin Marine Le Pen Zuwächse erzielt, gewonnen aber hat der Proeuropäer Emanuel Macron. Auch in Deutschland stehen Wahlen an, wobei aber Angela Merkel wie auch ihr Konkurrent Martin Schulz eine proeuropäische Linie vertreten. Außerdem haben in Österreich und den Niederlanden nationalistische Parteien trotz Zuwächsen ihre Ziele verfehlt. In Deutschland ist auch verstärkt spürbar, dass junge Menschen, die bisher weitgehend unpolitisch waren, sich jetzt in demokratischen Parteien und für die europäische Integration engagieren. Die bisherige Politik des neuen amerikanischen Präsidenten scheint auch selbst viele Menschen abzuschrecken, die bisher offen populistische

---

<sup>23</sup> *Ibidem*.

<sup>24</sup> Süddeutsche Zeitung Spezial 23.3.2017 (künftig SZ); Das Parlament 11–12, 14.3.2017.

<sup>25</sup> SZ 31.3.2017; Salzburger Nachrichten 29.3.2017.



Parolen (Rückgang Unterstützung für Alternative für Deutschland – AfD) in der Bundesrepublik vertreten haben<sup>26</sup>.

In der Klimapolitik konnten die europäischen Staaten mit der Unterstützung der ausscheidenden Regierung Obama bei der Pariser Klimakonferenz rechnen, als es um die Begrenzung der Erwärmung auf 2 Grad Celsius ging. Umstritten waren in der Europäischen Union die Verhandlungen über eine Freihandelszone zwischen EU und den Vereinigten Staaten. Während europäische Unternehmen und Wirtschaft die TTIP – Verhandlungen begrüßten, weil sie sich wirtschaftlich Vorteile für sich erhofften, gab es großen Widerstand aus verschiedensten Gruppen der europäischen Gesellschaft. Sie fürchteten, dass die Umweltstandards in der Europäischen Union verwässert und genetisch veränderte Produkte in der Europa einziehen würden. Starke Bedenken gab es auch im Hinblick auf private Gerichte, die Streitigkeiten zwischen Unternehmen und Staaten lösen sollten.

In der Ukraine Krise erhielten die Europäer ungeteilte Unterstützung durch die Vereinigten Staaten – inklusive militärischer Präsenz in osteuropäischen NATO-Ländern ohne dass der Minsker Prozess wirklich umgesetzt wurde. Aber wegen der Krisen, der populistischen und nationalen Bewegungen und der Personalwechsel in den politischen Eliten geht Europa und die Europäische Union geschwächt in die Gespräche und Verhandlungen mit der neuen Regierung in den USA. Europas politische Eliten erwarteten einen Sieg der früheren First Lady und Außenministerin Hillary Clinton im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf. Erstaunt war man aber, welche starke Unterstützung der linke Demokrat Bernie Sanders bei der amerikanischen Jugend erhielt. Eine demokratische Präsidentin Clinton hätte sich wieder stärker Europa zugewandt, eine härtere Linie gegenüber Russland vertreten und wäre auch im Syrien-Konflikt entschiedener aufgetreten. Sie hatte Obama, nach ihrem Ausscheiden aus der Obama-Administration eine zu zögerliche Haltung in Syrien vorgehalten<sup>27</sup>.

Bei den Republikanern gab es eine Vielzahl von Anwärtern auf eine Kandidatur, darunter auch Jeb Bush, ein weiterer Sohn von Ex-Präsident von George Bush und ehemaliger Gouverneur von Florida. Um so erstaunlicher das Durchsetzungsvermögen von Donald Trump. Als Immobilienmakler und Manager hatte er keinerlei politische Erfahrung und war sicher nicht der Favorit der republikanischen Parteispitze. Mit seinen verbal provokativen Auftritten einer Vielzahl von Tabubrüchen sprach er die „Wutbürger“ in den USA an, die sich entschieden vom Washingtoner Establishment absetzen und keine Clinton oder keinen Bush im Weißen Haus sehen wollten. Die Obama-Regierung hatte zwar die Wirtschaftskrise überwunden, die Arbeitslosigkeit war stark gesunken. Aber viele Menschen in den alten Industriegebieten um die Großen Seen haben schlecht bezahlte und

<sup>26</sup> Das Parlament, 3.4.2017; SZ 17.1.2017, 25.2.2017; 29.3.2017; 30.3.2017.

<sup>27</sup> R. Leunig, *Beziehungen im Zeitalter neuer Krisen und Spannungen im Bereich der westlichen und russischen Sicherheitspolitik im XXI. Jahrhundert*, „Krakowskie Studia Międzynarodowe“ 2016, S. 205–226 (künftig, R. Leunig, *Polen*).

unsichere Jobs. Trump gab ihnen die Hoffnung gegen Globalisierung, Illegale und weitere Zuwanderung, dass mit „America first“ wieder bessere Zeiten für die Vereinigten Staaten erreichbar wären. Donald Trump gewann die Mehrheit der Wahlmänner, aber nicht die Mehrheit der Stimmen, ähnlich wie John F. Kennedy gegenüber Richard Nixon. Hier zeigt sich von Beginn eine Schwäche des neuen Präsidenten: Sein absoluter Siegeswille ohne Rücksicht auf die Wahrheit. Ohne jede Grundlage setzte er durch sei Lieblingsmedium Twitter in die Welt, dass 3 Millionen Stimmen gefälscht worden seien. Bei seiner Einführung seien mehr Menschen anwesend gewesen als 2009 bei Obama. Die Administration Obama habe ihn im Wahlkampf abgehört, obwohl der Chef des FBI betonte, dass hierfür keinerlei Beweise vorlägen.

Permanent attackiert er die Medien, die die Unwahrheiten über ihn berichteten. Dabei stützt er sich bei seinen Behauptungen auf rechtsgerichtete Quellen, ohne sie zu überprüfen. Durch die andauernde Medienschelte wird ein wichtiges politisches Korrektiv in seiner gesellschaftlichen Funktion gestört. Entsprechend versuchen die Medien und Teile der Öffentlichkeit Trumps „fake news“ zu widerlegen. Ob das eine große Wirkung bei den Trump-Anhängern erzielt, bleibt eine Frage<sup>28</sup>. Natürlich ist es zu hinterfragen, ob es richtig ist, Politik stärker auf eine Person zu reduzieren. Aber bei der Machtfülle des US-Präsidenten einerseits und Trumps oft extremen Äußerungen andererseits scheint eine stärkere Konzentration auf eine Person in gewisser Weise gerechtfertigt.

Trump hat seine Wahl auch gewonnen und die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses, weil er sich gegen das Establishment in Washington gewandt hat. Die Auswahl seiner Administration spiegelt dies nicht wieder. Vizepräsident Mike Pence war Gouverneur von Indiana und saß vorher im US MinskerProzess Repräsentantenhaus. Sonst finden sich finanzschwere Ex-Banker wie der Finanzminister Steven Mnuchin, Außenminister Rex Tillerson, früherer Geschäftsführer des Ölkonzerns Exxon Mobil mit beruflichen Russlanderfahrungen, die Generäle, vor allem der Verteidigungsminister James Mattis, der Sicherheitsberater Michael Flynn, der allerdings wegen unwahrer Aussagen über seine Russlandkontakte im Wahlkampf früh abgelöst werden musste und durch den Ex-General Herbe Raymond McMaster ersetzt wurde. Senator Jeff Sessions Senator aus Alabama ist einer der wenigen gestandenen Politiker. Aber auch er ist durch seine Russlandkontakte in die Kritik geraten. Man fragt sich, ob Spitzenkräfte des Wahlkampfes, wie Sessions und Flynn, ohne Kenntnis des Chefs ihre Russlandkontakte gepflegt haben oder dieser gar die Anregung zu den Gesprächen gegeben hat, die auch erpressbar machen könnten. Frauen sind in der neuen Administration kaum vertreten. Betsy de Vos ist Bildungsministerin.

In eine andere Kategorie gehören aus dem Beraterstab die Familienmitglieder Tochter Ivanka und sein Schwiegersohn Jared Kushner. Auch die Präsidentenfrauen wie Hillary Clinton hatten Einfluss auf die Präsidenten. Strategie-

---

<sup>28</sup> ZEIT 23.3.2017.

berater Stephen Bannon, auch er ein ehemaliger Wallstreet Banker, tritt für eine stärker isolationistische Politik der USA und gegen eine globale Ordnungspolitik der Vereinigten Staaten ein. Auseinandersetzungen im Beraterstab hat es bei allen amerikanischen Präsidenten gegeben. Angesichts des US-Einsatzes in Syrien scheinen derzeit Kushner und McMaster bessere Karten zu haben, als Bannon der nicht mehr Mitglied des entscheidenden US-Sicherheitsrates ist<sup>29</sup>.

Entscheidend für die weitere Verfassungsentwicklung der USA dürfte es sein, dass das höchste amerikanische Gericht der Supreme Court mit der Bestätigung von Neil Gorsuch wieder eine konservative Mehrheit von 5 gegen 4 liberale Richter besitzt. Die Republikaner hatten es im Rahmen ihrer Blockadepolitik seit einem Jahr abgelehnt den Kandidaten von Obama zu bestätigen. Da die Richter am Supreme Court auf Lebenszeit richten, besteht die Aussicht für die Republikaner im Laufe der Amtszeit von Präsident Trump ihre konservative Mehrheit noch weiter ausbauen zu können<sup>30</sup>.

Mit den Ergebnissen seiner ersten Amtsmonate konnte Trump nicht immer zufrieden sein. Über sein Plädoyer, dass Folter „funktioniert“, gab es Kopfschütteln, nicht nur von Seiten der Menschenrechtler. Erbitterten Streit zwischen den Demokraten und den Republikanern gab es im Repräsentantenhaus über die Untersuchung zu den Verbindungen von Trumps Wahlkampfmannschaft zu Russland<sup>31</sup>. Zwei präsidentielle Erlasse mit denen der Präsident die Einreise aus einigen vorwiegend muslimischen Ländern aus Sicherheitsgründen stoppen wollte, schufen Chaos auf den Flughäfen, erzeugten heftigen Widerstand aus Kreisen der amerikanischen Bevölkerung und wurden schließlich von Gerichten gestoppt. Gleichzeitig gibt es die Absicht des Präsidenten, bis zu drei Millionen illegal in den USA lebende

Migranten abzuschieben, wie er es im Wahlkampf versprochen hatte. Diese Planungen führten zu weiteren Protesten aus der Bevölkerung<sup>32</sup>. Dem gleichen Ziel, eine illegale Einwanderung aus Mexiko zu verhindern diente der Plan, über 3000 Kilometer eine neun Meter hohe Mauer gegenüber Mexiko zu errichten. Die Rechnung sollte Mexiko bezahlen, was dies natürlich empört ablehnte<sup>33</sup>. Hier könnte die Absicht eine Rolle spielen, über Verhandlungen zur North American Free Trade Association (NAFTA) finanzielle Vorteile zu erzielen, die dann für den Mauerbau genutzt werden könnten<sup>34</sup>.

Ein Fiasko erlebte er neuer Präsident bei seiner im Wahlkampf immer wieder versprochenen Ablösung der von Obama durchgesetzten Gesundheitsreform,

<sup>29</sup> Parlament 24.10.2016, Parlament 14.11.2016; 27.12.2016; SZ 8.11.2016.

<sup>30</sup> SZ 16.1.2017.

<sup>31</sup> SZ 28.1.2017; 7.2.2017; 22.2.2017; 27.2.2017; 28.2.2017; 4.3.2017; 11.4.2017; ZEIT 16.2.2017.

<sup>32</sup> ZEIT 15.12.2016; New York Times (NYT) 15.3.2017; 31.3.2017; SZ 4.3.2017; 22.3.2017.

<sup>33</sup> SZ 2.1.2017; Salzburger Nachrichten 22.3.2017.

<sup>34</sup> SZ 27.1.2017; 9.3.2017.

die trotz aller Schwächen Millionen Amerikanern eine Versicherung ermöglicht hatte. Viele Abgeordnete der Republikaner, die um ihre Wiederwahl fürchten, wenn soziale Errungenschaften wieder abgeschafft würden, sperrten sich. Der Sprecher der Republikaner, Paul Ryan, vermochte viele Abgeordnete nicht zu überzeugen. Die Mehrheit der Partei in der Kammer zog erst bei einer zweiten Fassung. Trump hat aber die Reform des Gesundheitssystems nicht aufgegeben. Die Medien bezeichneten Trump nach dieser Niederlage als „politischen Amateur“. Sein von ihm selbst aufgerichtetes Image als großartiger „Dealmaker“ ist heftig angekratzt<sup>35</sup>. Aussicht der Republikaner muss die Steuerreform ein Erfolg werden. Trump möchte die Unternehmenssteuer senken, die in den USA höher ist als in Deutschland oder Großbritannien, von Irland ganz zu schweigen. Hier würden die Demokraten im Kongress wahrscheinlich mitziehen. Der Präsident hatte im Wahlkampf versprochen, vor allem den Mittelstand zu fördern. Ryan hat jetzt den Plan, durch eine Grenzausgleichssteuer nicht die Importe steuerlich zu begünstigen sondern die Exporte. Ein vorläufiger Haushaltsplan des Präsidenten sieht eine zehnprozentige Steigerung der Militärausgaben vor, Ausgaben für Grenzsicherung und Infrastruktur und Kürzungen bei Umwelt, Sozialausgaben und internationalen Aufgaben. Aber jetzt entfallen die Mittel, die durch die vorhergesehenen Kürzungen bei der Gesundheitsreform erzielt werden sollten. Der Haushalt bleibt auch bei den Republikanern umstritten<sup>36</sup>. Nach drei Monaten im Amt häufen sich für Trump die politischen Misserfolge, was sich auch in den fallenden Zustimmungsraten für den Präsidenten niederschlägt aber anscheinend weniger bei den eigenen Wählern.

### **Wird die amerikanische Politik isolationistisch?**

George W. Bush hat die NATO in seinem Kampf gegen die „Axis of evil“ in Afghanistan benutzt und versuchte diese multilaterale Organisation in der Ukraine gegen Russland vorzuschieben. Er fand willige Partner im Krieg gegen den Irak, ohne ihnen Mitsprache zu gewähren. Obama hielt sich sehr viel stärker zurück, stoppte alle Versuche zur Ausdehnung der NATO gegenüber der Ukraine. Er war allerdings bereit, mit den Partnern Sanktionen gegen Russland in der Krimkrise einzuführen. Er zeigte auch militärische Präsenz bei der Furcht der ostmittel-europäischen Partnern vor einem Ausgreifen Russlands. Donald Trump möchte den Einzug von Menschen und Waren in die USA limitieren, um mit „America First“ das eigene Land wirtschaftlich zu stärken und vor illegalem Zuzug und terroristischen Anschlägen zu schützen. International ist sein Ansatz binational. Als ehemaliger Immobilienmakler möchte er jeweils einen „deal“ mit nur einem Partner machen. Internationale Organisationen und multilaterale Verträge lehnt

<sup>35</sup> ZEIT 9.2.2017; SZ 14.11.2016; 6.2.2017; 22.2.2017; 24.2.2017; 7.3.2017; 18.3.2017.

<sup>36</sup> ZEIT 9.3.2017, S20.3.2017; 12.4.2017.

er ab oder versteht sie wohl auch nicht, wie das Trumps verbale Attacken auf die nordamerikanisch Freihandelszone NAFTA, die NATO und die Europäische Union zeigen.

Wegen der vielen Widersprüche zwischen Aussagen und Handeln von Trump im Wahlkampf und jetzt als Präsident wird oft auf die „Unberechenbarkeit als Methode“ hingewiesen, was ihn einerseits besonders wichtig aber andererseits seine Politik auch zu einer möglichen Gefahr macht. Wird er Amerikas Anspruch auf globale Führerschaft völlig aufgeben. Die New York Times spricht von „The President’s Island Mentality“ oder ist der punktuelle Raketenangriff im Irak – der mehr emotional als strategisch bedingt erscheint – aber doch polyvalent und eine Fortsetzung früher amerikanischen Machtpolitik? Es kann nicht nur als Warnzeichen an Russland und Iran verstanden werden, die den syrischen Präsidenten Assad stützen. Trump hat sich zudem immer wieder kritisch mit dem Atomvertrag mit dem Iran auseinandergesetzt, für den sich Obama stark gemacht hatte. Allerdings sagen die internationalen Inspektoren, dass sich Iran bisher strikt an die Auflagen dieses Vertrages hält. Dieser amerikanische militärische Angriff in Syrien kann aber auch als Warnung an Nordkorea gelten und gleichzeitig eine Mahnung an China, gegen die Atomare Aufrüstung seines Partners Nordkorea anzugehen. Allen Beteiligten ist klar, dass die bisherige amerikanische Politik einen stark provisorischen Charakter trägt und von einer Strategie noch nicht gesprochen werden kann<sup>37</sup>.

Internationale Politiker drängen nach Washington, um Trump und die oft als zwiespältig empfundene Politik der amerikanischen Administration besser zu verstehen, einschätzen zu können und Einfluss auf Trump auszuüben. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, erfreut über die Wahl Trumps und seine Kritik an Iran, erhoffte sich Unterstützung für israelische Siedlungspläne auf palästinensischem Gebiet. Hierzu gab es aber auch zurückhaltende Äußerungen des US-Präsidenten. Von der israelischen Regierung wurde es aber begrüßt, dass es Planungen der US1Administration zur Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem gilt. Dies brächte die bisherige amerikanische Unterstützung der Zwei-Staaten Theorie für Israel und Palästina an ihr Ende<sup>38</sup>.

Die britische Premierministerin Theresa May nutzte die Chance, den US-Präsidenten früh zu treffen. Nach der Entscheidung in Großbritannien die Europäische Union mit dem „Brexit“ zu verlassen, wollte sie die besondere und traditionelle Verbindung ihres Landes mit den USA wieder stärken. Sie stieß dabei auf Gegenliebe bei Donald Trump. Bei ihrem Besuch pries er den Brexit als „wunderbare Sache“, hatte er doch früher gesagt, das dem Beispiel Großbritanni-

---

<sup>37</sup> ZEIT 26.3.2017; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 27.3.2017; SZ 25.3.2017; 27.3.2017.

<sup>38</sup> ZEIT 26.10.2017; 2.2.2017; 16.3.2017; 12.4.2017; New York Times 10.3.2017 (künftig NYT); SZ 21.1.2017; 6.2.2017; 17.3.2017; 6.4.2017; 9.4.2017; 12.4.2017; 16.4.2017; 21.4.20 17; Frankfurter Allgemeine Zeitung (künftig FAZ) 31.3.2017.

ens weitere EU-Länder folgen würden und die EU als bloßes Vehikel deutscher Interessen bezeichnet<sup>39</sup>.

Die Europäische Union hat eine Vielzahl von Problemen gleichzeitig zu bearbeiten: Von der Wirtschafts- und Finanzkrise mit der folgenden Arbeitslosigkeit und Verschuldung vor allem in den südeuropäischen EU-Staaten, die Flüchtlinge, der zu verhandelnde Brexit Großbritanniens, der wachsende Populismus und die Anti-EU Haltung in fast allen EU-Staaten. So sehen die politischen Eliten in allen EU-Staaten die Unberechenbarkeit der neuen US-Administration, Hinwendung zu „America First“ verbunden mit Kritik an der Europäischen Union und einer protektionistischen Ausrichtung der SA als eine zusätzliche Gefahr. Nachdem Trump schon früh die ostasiatische Freihandelszone (TPP – Trans Pacific Partnership) verlassen hatte, gibt es keinerlei Aussicht für eine Fortführung der Verhandlungen, der auch in Europa umstrittenen nordatlantischen Freihandelszone (TTIP). Der finanzielle Rückbau des US-Außenministeriums scheint die Abkehr von einer globalen amerikanischen Außenpolitik zu bestätigen<sup>40</sup>.

Paradoxerweise sind viele demokratische US-Präsidenten, von Kennedy über Clinton bis Obama in Europa sehr freudig begrüßt worden, obwohl ihr Einsatz für Europa gegenüber anderen Prioritäten zurücktrat. Es sind eher republikanische Präsidenten – von George W. Bush abgesehen – die zwar in Europa weniger angesehen waren – aber für Europa entscheidender wurden, zuletzt George Bush, ohne dessen Einsatz die deutsche Einigung nicht zustande gekommen wäre<sup>41</sup>.

Die Nationalisten und Populisten in der Europäischen Union haben die Wahl von Donald Trump zwar meist begrüßt. Aber die oft haltlosen Aussagen des neuen amerikanischen Präsidenten haben vielen Europäern doch die Augen für eine bedenkliche Politik geöffnet. Wahlen in Österreich, den Niederlanden und zuletzt Frankreich haben den Nationalisten und Anti-Europäern noch Zuwächse aber bisher keinen politischen durchbruch gebracht. Im Gegenteil! Gerade die Ablehnung der jetzigen amerikanischen Politik scheint auch in der Bevölkerung ein stärkeres Bewusstsein für die Notwendigkeit und die positiven Ergebnisse des geeinten Europas zu erzeugen („Pulse of Europe“). Hinzu kommt, dass die Problematik der Flüchtlinge etwas zurücktritt und sich die ökonomische Situation etwa in Spanien und Frankreich, bessert<sup>42</sup>.

Inzwischen gibt es auch differenziertere Aussagen von Donald Trump über die Europäische Integration. Er lobte die Mitgliedsstaaten der EU, die nach dem

---

<sup>39</sup> SZ 16.11.2016.

<sup>40</sup> *Europäische Union: Trump plädiert für ein starkes Europa*, [https://de.yahoo.com/nachrichten/trump-plädiert für starkes Europa](https://de.yahoo.com/nachrichten/trump-plaedierte-fuer-starkes-europa) (21.04.2017).

<sup>41</sup> ZEIT 16.2.2017; SZ 14.1.2017; 30.3.2017; 14.2.2017; 28.2.2017 (Joschka Fischer) 11.3.201; 16.3.2017; NYT 9.12.2016.

<sup>42</sup> SZ 19.1.2017.

Brexit – Votum der Briten im Sinne der Zusammenarbeit „gute Arbeit“ leisteten und es bestehe jetzt ein „anderer Geist des Zusammenhalts“<sup>43</sup>.

Bei Obamas Außenpolitik spielten weder Europa noch Deutschland eine herausragende Rolle. Die USA wünschten eine stärkere Ausgabenpolitik der deutschen Regierung, um das US-Außenhandelsdefizit zu verringern. Aufregung gab es über die amerikanische Ausspähung in Deutschland, die auch das Mobiltelefon der Kanzlerin betraf. Aber die deutschen Geheimdienste kooperierten ebenfalls mit den USA und wurden selbst international gegenüber Partnern aktiv. Bei den Verhandlungen über die atlantische Freihandelszone gab es von beiden Seiten keine wirklichen Fortschritte. Die europäischen und besonders die deutsche Seite waren kritisch gegenüber privaten Gerichten bei Streitfällen und wollten diese durch öffentliche Gerichte ersetzt sehen. Mit Kanada schloss die EU nach langen Diskussionen das CETA-Freihandelsabkommen. In der der Umweltpolitik zogen USA und Deutschland bei der Pariser Klimakonferenz an einem Strang. Zum Ende seiner Amtszeit lobte Obama Merkel aus herausragende Partnerin als „verlässliche und standfeste“ Verbündete.

Die Wahl Donald Trumps stieß in Deutschland auf unterschiedliche Reaktionen: Zurückhaltung und Unsicherheit auf der einen Seite. Das Gericht wird nicht so heiß gegessen wie es gekocht wurde (Finanzminister Schäuble), setzt damit auf die Lerneffekte der US Administration in komplexen internationalen Zusammenhängen. Die deutsche Linke begrüßte die Zurückhaltung des neuen Präsidenten gegenüber der NATO, Auch die populistische Alternative für Deutschland auf der rechten Seite des politischen Lagers fand die Schließung der amerikanischen Grenze und den Einreisebann gegenüber einigen Ländern mit mehrheitlich Muslimen positiv. Während Trump die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin im Wahlkampf scharf verurteilte, kritisierte Merkel wiederum das Einreise-Dekret der neuen Regierung, das auch viele Deutsche mit Doppelpass an der Einreise in die USA hinderte. Den politischen Eliten in Deutschland wie auch anderen EU-Ländern wurde klar, dass Europa verstärkt seine eigenen Interessen vertreten und die eigene Sicherheit garantieren müsse<sup>44</sup>.

Die US-Reise der deutschen Kanzlerin, im März 2017, wurde von deutscher Seite nicht mit großen Erwartungen verknüpft, da es um ein Verstehen der neuen Administration gehe und Merkel ihre grundsätzlich positive Einstellung zur Politik der USA auf den Prüfstand stellen müsse. Sie versuchte die deutschen Positionen in der NATO-Frage und bei der Wirtschaftspolitik deutlich zu machen. Sie reiste mit deutschen Wirtschaftsvertretern an. Sie sollten zeigen, dass ihre Unternehmen auch in den USA ein „Job.Motor“ seien und stellten die duale Ausbildung in ihrer Verbindung von Theorie und Praxis im Betrieb vor, die den

---

<sup>43</sup> ZEIT 23.2.2017; 23.3.2017; 6.4.2017; NYT 3.3.2017; Bocholter Borkener Volksblatt, (künftig BBV), 25.4.2017.

<sup>44</sup> SZ 18.11.2016; 8.3.2017.

Auszubildenden in Deutschland aber in ihren Firmen in den USA bessere Berufschancen gebe.

Trump betonte die Notwendigkeit eines „fair trade“. Damit meinte er eine Balance zwischen Export und Import und zielte damit auf die hohen deutschen Exportüberschüsse gegenüber den Vereinigten Staaten. Sicher war Trump auch an den Erfahrungen der deutschen Kanzlerin mit dem russischen Präsidenten Putin und der russischen Politik interessiert. Merkel hatte Trump versichert, dass Deutschland seine NATO-Verpflichtungen wie vereinbart von derzeit 1,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts bis 2024 auf 2,0 erhöhen werde. Aber Trump schrieb nach dem Besuch auf seinem Lieblingsmedium Twitter: „Deutschland schuldet der NATO riesige Summen und die Vereinigten Staaten müssen besser für ihre mächtige und kostspielige Verteidigung bezahlt werden, die sie Deutschland bieten“<sup>45</sup>.

Polen und die baltischen Staaten sind in besonderem Maße über die zukünftige amerikanische Sicherheitspolitik verunsichert, da sie ein weiteres Ausgreifen der russischen Politik in ihre Region befürchten. Das gilt in hohem Maße für Polen, das die Verbindung zu den USA: immer für absolut wichtig hielt. Polen hat sich nicht nur in Afghanistan, sondern auch im Irak an die Seite der USA gestellt, obwohl sie bis heute auf eine Aufhebung der Visapflicht bei USA-Reisen für ihre Bürger wartet. Die polnische Regierung von Recht und Gerechtigkeit (PIS) hatte auch in der Europäischen Union auf eine Kooperation mit Großbritannien gegen die Achse Berlin-Paris gesetzt und ist jetzt hierbei durch den zukünftigen EU-Austritt Großbritanniens betroffen. Gleichzeitig kritisiert die EU-Kommission den ihrer Ansicht nach vorgehenden Abbau der Rechtsstaatlichkeit in Polen. Donald Tusk, früherer polnischer Ministerpräsident, wurde trotz der Ablehnung durch die PIS-Regierung in seine Amt als Ratspräsident der Europäischen Union bestätigt. Die polnische Regierung befürchtet eine Annäherung des neuen US-Präsidenten an Russland und verliert gleichzeitig mit Großbritannien einen erhofften Partner in der EU<sup>46</sup>.

Das Verhältnis Obama-Putin war auch vor der Krimkrise belastet. Im Wahlkampf erhielt Obama Hinweise von seinen Geheimdiensten, dass von russischer Seite Hacker versuchte der Demokratin Hillary Clinton zu schaden und Trump zu stärken.

Offensichtlich glaubte man russischerseits, dass Clinton eine stärker antirussische Politik betreiben würde als Trump. Obama ordnete mit Anweisung russischer Diplomaten und Einreiseverboten Strafmaßnahmen gegen Russland an. Ob die russische Einflussnahme irgendwelchen Einfluss auf die Wahlscheidung in den USA hatte, ist fraglich<sup>47</sup>.

---

<sup>45</sup> ZEIT 17.11.2016; 24.11.2016; SZ 31.1.2017.

<sup>46</sup> SZ 11.3.2017; 4.3.2017; 18.3.2017; 26.4.2017; BBV 30.3.2017.

<sup>47</sup> R. Leunig, *Polen*, 05–226; SZ 3.3.2017.



Trump hatte sich wiederum im Wahlkampf positiv über Putin geäußert. Er sei ein starker „leader“ und er hoffe, dass er bald sein „neuer bester Freund“ werde. Komplimente, die Putin zurückgegeben hatte. Als Präsident geriet Trump in große Schwierigkeiten, da sowohl sein kurzzeitiger Sicherheitsberater Michael Flynn als der Justizminister Jeff Sessions im Wahlkampf Russlandkontakte hatten. Flynn wurde durch McMaster ersetzt, weil er gegenüber dem Vizepräsidenten über diese Kontakte die Unwahrheit gesagt hatte. Er hatte außerdem verschwiegen, dass er von russischer Seite Geld erhalten hatte. Trump bestritt es vehement, auf Grund seiner eigenen Russland-kontakteierpressbar zu sein. Aber die Zweifel gegenüber ihm und seinem Team bleiben und die Ermittlungen des FBI in dieser Frage gehen weiter<sup>48</sup>.

Der amerikanische Raketenangriff in Syrien veränderte die Sicht der russischen Politik auf die Vereinigten Staaten. Putin, Verbündeter des syrischen Präsidenten Assad, auf dessen Konto nach amerikanischer Sicht der Chemieangriff auf die eigene Bevölkerung ging, beklagt<sup>49</sup>, dass sich das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten entscheidend verschlechterte habe. Aus militärischer Sicht machte der syrische Angriff auf die eigenen Bevölkerung keinen Sinn. Wollte Assad einen Keil zwischen Washington und Moskau treiben, um Russland noch einseitiger an sein Regime zu binden? Die Informationen aus dem Weißen Haus sind widersprüchlich. Der Kampf gegen den Islamischen Staat habe oberste Priorität, nicht eine Vertreibung Assads. Außenminister Tillerson aber schien eine Strategie anzukündigen, die an die traditionelle amerikanische Außenpolitik anknüpfte: „Wir verschreiben uns wieder dem Ziel, jeden in der ganzen Welt zur Rechenschaft zu ziehen, der Verbrechen an Unschuldigen verübt“. Die etwaige Hoffnung der amerikanischen Politik, Putin möge sich von Assad distanzieren, erfüllten sich nicht. Kritiker des amerikanischen Präsidenten vermuteten wiederum, dass die antisyrische und damit auch antirussische Aktion mit dem Raketenangriff von der möglichen Verstrickung des eigenen Teams in Russlandkontakten im US-Wahlkampf ablenken sollte: Ähnlich war es bei William Clintons außenpolitischer Aktion zur innenpolitischen Entlastung<sup>49</sup>.

Vor allem die baltischen Staaten und Polen sind durch Trumps unklare Haltung zu Russland verunsichert, da sie ein Ausgreifen des großen Nachbarn in ihre Region befürchten. Ist die Garantie der Nato für sie nicht mehr viel wert? Auch der zukünftige Brexit wird Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik haben, weil Großbritannien bisher die stärkste Militärmacht in der EU ist. Zwar ist Großbritannien weiterhin aktives Mitglied der NATO. Aber sicher erfordert die sicherheitspolitische Herausforderung durch Russland verstärkte militärische Anstrengungen für Deutschland, Frankreich und die übrigen europäischen NATO-Staaten. Eine gemeinsame Europäische Armee – schon weit früher diskutiert – wird wieder Thema. Obwohl in der NATO das gegenseitige Sicherheitsverspre-

<sup>48</sup> SZ 12.12.2016; 31.12.2016.

<sup>49</sup> SZ 9.1.2017; 1.1.2017; 14.3.2017; 11.4.2017.

chen entscheidend ist, wird es in Zukunft eine stärkere Regionalisierung geben, da die südeuropäischen Staaten der NATO in ihren Interessen stärker auf das Mittelmeer und den Nahostraum ausgerichtet sind<sup>50</sup>.

Die amerikanische Regierung möchte die Militärausgaben um fast 10 Prozent aufstocken. Gleichzeitig hat Trump immer wieder betont, dass die NATO „obsolet“ sei. Dabei war schon früh deutlich, dass er dabei weniger die sicherheitspolitische Strategie als die militärisch-finanzielle Lastenverteilung meinte. War es doch eine alte Forderung der USA nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, dass die europäischen NATO-Partner zu wenig militärisch-finanzielle Leistungen erbrächten. Klage bestand von Clinton bis Obama<sup>51</sup>.

Die NATO-Partner hatten festgelegt, das bis Mitte der 2020er Jahre zwei Prozent des Bruttoninlandproduktes (BIP) von jedem Land aufgebracht werden sollte. In der Tat deserreichen in Europa nur Großbritannien, Estland, Polen, Griechenland und Frankreich in etwa diese Marke. Deutschland hinkt mit 1,2% des BIP (37 Milliarden EURO) weit hinterher. Die USA bringen 3,62% ihres BIP für die Rüstung auf, Russland 4–5% mit starker Steigerungsrate. Die NATO insgesamt bringt 90 Milliarden für Rüstung auf, Russland 66 Milliarden. Da die Beschaffung in Europa national läuft, gibt es in den europäischen NATO-Staaten 17 Typen von Kampfpanzern in den USA nur einen, wodurch sich die Kosten entsprechend erhöhen.

Trump wiederum hat sich inzwischen klar zum westlichen Verteidigungsbündnis bekannt. Er betonte aber, dass größere Verteidigungsanstrengungen im Kampf gegen den Terror und höhere Militärausgaben der Partner erforderlich seien. Schon Obama hatte ein rotierendes Bataillon entsandt, was zur Beruhigung der baltischen und polnischen Bevölkerung gegenüber dem russischen Militäraufmarsch beitrug. Sollte Trump diese sicherheitspolitische Haltung beibehalten, hätte er einen Schwenk in Richtung der bisherigen politischen Linie der USA vollzogen und die alleinige Konzentration seiner Politik auf die Vereinigten Staaten aufgegeben. In Deutschland gab es zu dem 2%-Ziel Diskussionen. Außenminister Sigmar Gabriel stellte die Frage, ob es die europäischen Nachbarn positiv sähen, wenn Deutschland seine Rüstung auf dann über 60 Milliarden EURO brächte. Aber die meisten Parteien in Deutschland erkennen an, dass größere Anstrengungen unternommen werden müssen, um mit den USA eine neue „Geschäftsgrundlage“ zu erreichen. In der Nordkorea-Frage hat Trump zwar davon gesprochen, dass es zu einem „groß, großen Konflikt“ kommen kann und eine Flotte in koreanischen Gewässer geschickt. Aber die amerikanische Politik hofft, das Land, auch mit chinesischer Vermittlung und einem Gesprächsangebot vom Atomrüstungskurs abzubringen<sup>52</sup>.

---

<sup>50</sup> NYT 21.4.2017; SZ 10.4.2017; 11.4.2017; 12.4.2017; 13.4.2017.

<sup>51</sup> Neue Zürcher Zeitung 1.4.2017; ZEIT 9.2.2017; 31.3.2017; SZ 21.11.2016; 3.3.2017; 16.2.2017; NYT 17.3.2017.

<sup>52</sup> ZEIT 23.2.2017; SZ 16.2.2017; 22.2.2017; 14.3.2017; 2.3.2017.

## Ein Ende des Freihandels?

Mit mehreren Ansätzen versucht der amerikanische Präsident seine Vorstellungen von „America First“ mit einem Aufschwung der U-Wirtschaft und der Schaffung von festen Arbeitsplätzen zu erreichen. Ein Punkt war der bisher an Gerichten gescheiterte „travel ban“ gegenüber einigen vorwiegend muslimischen Ländern, der nicht nur der Abwehr eines möglichen Terrorismus galt. Wichtig ist Trump die Abschiebung von legal in den USA Lebenden: Schätzung 11 Millionen Menschen. Viele seit Jahrzehnten in den USA Lebende ohne gültiges Aufenthaltsrecht sind verunsichert. Nicht nur Menschenrechtler, sondern vor allem auch Wirtschaftskreise fürchten um ihre Arbeitskraft. Auch Arbeits-Visa von benötigten Fachkräften werden von der US-Administration schärfer überwacht, um Amerikanern diese Stellen zu sichern. Der Mauerbau, mit dem Trump den Zuzug von illegalen Einwanderern aus Mexiko stoppen wollte, wird immer mehr zu Illusion. Die Mexikaner weigern sich natürlich dafür zu zahlen und im Kongress gibt es nicht die dafür notwendige Unterstützung im Streit über den Haushalt, wo erste Kosten dafür vorgesehen waren<sup>53</sup>.

Trump versucht durch direktes Gespräch und Druck auf Firmen, sie von Investitionen außerhalb der USA abzuhalten und sie für Produktion in den Vereinigten Staaten zu gewinnen. Hinderlich für seine Politik ist es, dass die US-Notenbank Federal Reserve wegen einiger positiver Faktoren, wie fast vollständiger Beschäftigung, Inflationsrate und Wachstum, die Leitzinsen weiter anhebt. Dadurch werden Investitionen in den USA behindert. Die Dollarstärke auch gegenüber dem EURO lässt Firmen weiter an eine Ansiedlung außerhalb der USA denken<sup>54</sup>.

Mit einer Steuerreform möchte die US-Administration den amerikanischen Firmen helfen Sie sollen nur noch 15 Prozent statt bisher 35 Prozent Steuern bezahlen. In Deutschland fallen 25 Prozent Steuern für die Unternehmer an. Diese Reform würde zu einer erhöhten Wettbewerbsfähigkeit der US Firmen führen. Mit einer Reduzierung der Gewinne von US-Betrieben im Ausland sollen die Firmen außerdem ihre Politik umpolen. Die in Europa besonders gefürchtete Grenzausgleichssteuer soll entfallen. Kritiker merken dazu an, dass die Verschuldung der USA sich, noch weiter erhöhen werde, da auch die erhofften Einsparungen bei der Gesundheitsreform sich bisher nicht realisieren lassen<sup>55</sup>.

Der amerikanische Präsident: hat den früheren Öllobbyisten und Leugner des von Menschen gemachten Klimawandels, Scott Pruitt, zum Leiter der Umweltbehörde gemacht. Entsprechend will Trump die von Obama eingeführten

<sup>53</sup> SZ 29.11.2017; 21.3.2017; 22.2.2017; 26.2.2017; 24.4.2017; SZ 20.4.2017; 3.5.2017.

<sup>54</sup> A. B. Denison, *Amerika, Deutschland und die die Zukunft der transatlantischen Beziehungen*, APuZ 671 (18) 2017, S. 29–35. ZEIT 8.12.2016; SZ 14.1.2017; 28.3.2017; 20.4.2017; 27.4.2017; 2.5.2017.

<sup>55</sup> NYT 24.3.2017; ZEIT 30.3.2014; SZ 3.2.2017; 3.3.2017.

Regulierungen bei der Energiegewinnung lockern. Kohle und Öl sollen unabhängig von Umweltschutzbedenken wieder in den Mittelpunkt rücken und auch durch Naturschutzgebiet werden Energiepipelines führen. Viele US-Staaten und Einzelunternehmen haben sich inzwischen auf alternative Energien umgestellt und die Beschäftigung bei Kohle sinkt, bei Solar- und Windenergie steigt. Unabhängig von Entscheidungen in Washington schreitet die Energiewende vor allem auf lokaler Ebene voran. Das von Obama und auch von der chinesischen Regierung 2015 beschlossene Pariser Klimaabkommen hat Trump als „schlechten Vertrag“ bezeichnet. Die verstärkte US-Förderung von Energie bringt die Organisation der erdölproduzierenden Länder OPEC in Schwierigkeiten. Ihre „Förderbremse“ wird nicht zu einer erhofften Ölpreissteigerung führen. Die bisher erfolgten Maßnahmen der US-Administration könnten zu einem gewissen, Aufschwung der US-Wirtschaft beitragen bei gleichzeitiger zusätzlicher Verschuldung des amerikanischen Staates. Allerdings zeigt die Wirtschaft derzeit deutliche Schwächen<sup>56</sup>.

Nach siebenjährige Verhandlungen ist das Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) der EU mit Kanada unterzeichnet worden. Die Verhandlungen der EU über ein Freihandelsabkommen mit den USA (TIIP) erzielte auch in der Regierungszeit Obamas keine wirklichen Fortschritte, da auf beiden Seiten große Bedenken bestanden. Trump bekannte sich schon in seinem Wahlkampf mit der „America First“-Parole zum Protektionismus und gegen Freihandel. Sofort nach Amtsantritt beendete er das, unter Obama ausgehandelte Freihandelsabkommen TPP mit Ostasien. Jetzt ist der Weg für China frei, eine dominierende wirtschaftliche Rolle in Ostasien zu spielen. Um ein Zeichen gegen den Protektionismus zu setzen, verhandelt die EU jetzt mit Japan über ein Freihandelsabkommen. Bei verschiedenen Treffen der G 20 Staaten hat es der US-Finanzminister Steven Mnuchin immer vermieden, sich für den Freihandel auszusprechen. Nachdem Trump es verstanden hat, dass er nicht mit europäischen Einzelstaaten, sondern nur mit der Europäischen Union als Ansprechpartner verhandeln müsse, gibt es in der US-Administration Anzeichen für ein Abkommen zwischen der EU und den USA. Ist das nun ein Wandel der amerikanischen Politik oder nur eine List, um die amerikanischen nationalen Interessen besser durchsetzen zu können, wie da dem Immobilienmakler durchaus vertraut ist. Ein Hinweis für einen gewissen Wandel zeigt Trumps Haltung zur Freihandelszone mit Kanada und Mexiko (NAFTA). Er hatte diesen Vertrag stets als „desaster“ bezeichnet. Jetzt will er dieses Abkommen nicht mehr aufkündigen, wie bisher immer gedroht, sondern darüber neu verhandeln<sup>57</sup>.

Schon die Regierung Obama hatte wegen des deutschen Handelsüberschusses gegenüber den US Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt, mehr auszugeben und sich für höhere Löhne in Deutschland einzusetzen. Für die Ad-

<sup>56</sup> ZEIT 27.3.2017; 27.4.2017; 23.2.2017.

<sup>57</sup> NYT 2.4.2017; Salzburger Nachrichten 28.3.2017; 30.3.2017; 17.11.2016; 28.3.2017; 29.3.2017; 1.4.2017; der Standard in: SZ 31.3.2017; ZEIT 27.4.2017.

ministration Trump wird das US-Handelsdefizit zu einem zentralen Thema seiner Wirtschaftspolitik, da er es als „unfair“ betrachtet. Besonders China, Japan und Deutschland geraten dabei in das Zentrum der amerikanischen Kritik. China hatte Trump Dumping und Währungsmanipulation vorgeworfen. Inzwischen ist er gegenüber dem ostasiatischen Land zurückhaltender, da er im Konflikt mit Nordkorea auch auf eine Vermittlerrolle China hofft<sup>58</sup>.

Mit 60 Milliarden EURO entfällt fast die Hälfte des EU-Handelsüberschusses gegenüber den US auf Deutschland. Deutschland verweist auf seine besondere Wettbewerbsfähigkeit in der internationalen Wirtschaft (Schäuble) und kontert den amerikanischen Vorwurf, Deutschland manipulierte den EURO-Kurs und habe dadurch besondere Verkaufschancen auf dem US-Markt im Verhältnis zum starken Dollar. Die Bundesregierung entgegnet, dass die Europäische Zentralbank EZB den Geldkurs steuere. Der EZB-Kurs mit billigen Zinsen und günstigen EURO-Kurs zielt auf die gesamte Europäische Union. Aber Deutschland profitiert hier besonders für seinen Export wie von dem Aufschwung der Weltkonjunktur und dem Abschwung der Rohstoffpreise. Die Löhne in Deutschland sind nicht so stark gestiegen, dass der Konsum stark angeheizt worden wäre. Investitionen werden von deutschen Unternehmen oft im Ausland getätigt, weil die Lohnkosten dort günstiger sind. Die Haushaltsüberschüsse in Deutschland werden stärker in den Abbau von Schulden als in staatliche Investitionen gesteckt. Auch die Chefin des internationalen Währungsfonds IWF, Christine Lagarde, hat sich über die Höhe des deutschen Handelsüberschusses besorgt gezeigt<sup>59</sup>.

Trump lässt jetzt alle Handelsbeziehungen der USA auf etwaige Ungleichgewichte prüfen. Erste Strafzölle wurden auf kanadische Holzimporte und auf europäischen Stahl angeordnet. Von einer Grenzausgleichssteuer – Entlastung US-Exporte, Belastung Importe – scheint man in der amerikanischen Administration derzeit aber abzusehen. EU-Strafzölle auf US-Stahl machen keinen Sinn, da Europäer kaum Stahl aus den USA importieren und sie würden nicht der europäischen Politik des Freihandels entsprechen. Die EU könnte die USA bei der Welthandelsorganisation verklagen, da Strafzölle gegen das Prinzip der WTO verstoßen. Trump hatte sich – wie meist bei internationalen Organisationen – sehr kritisch zur WTO geäußert. Die USA könnten – wie von Trump angedroht – die WTO verlassen. Dann würden die Vereinigten Staaten nicht mehr von den niedrigeren Zöllen der 160 WTO-Staaten profitieren. Die amerikanischen Unternehmen müssten ihre Produkte beim Export mit höheren Zöllen belasten lassen<sup>60</sup>.

Als Präsidentin der G20, in dem zwei Drittel der Weltbevölkerung und er Weltwirtschaftskraft zusammengefasst sind, haben Angela Merkel und die eu-

---

<sup>58</sup> NYT 7.4.2017; Das Parlament 14.11.2017; ZEIT 27.4.2017; SZ 25.10.2016; 28.10.2016; 17.11.2016; 21.3.2017; 22.3.2017; 28.4.2017.

<sup>59</sup> NYT 29.11.2016; 10.3.2017; SZ 18.1.2017; 11.3.2017; 8.4.2017.

<sup>60</sup> NYT 7.4.2017; 21.4.2017; SZ 2.2.2017; 10.2.2017; 18.4.2017; 19.4.2017; 20.2017; 24.4.2017.

ropäischen politischen Eliten die besondere Aufgabe, Kompromisse im Sinne des Freihandels zum Vorteil der USA, der Europäischen Union und der anderen WTO-Staaten zu finden. Damit steigt auch der Konsum – auch amerikanischer Produkte in der EU. Der EUR kann stärker werden und damit geht der europäische Exportvorteil zurück. Deutscherseits wird es wichtig sein, dass von den Überschüssen des Bundeshaushalts ein größerer Anteil in Investitionen verwendet wird, auch wenn der deutsche Finanzminister darauf hinweist, dass wegen des hohen deutschen Altersdurchschnittes die Schulden abgebaut werden müssen, um die nachfolgende Generation nicht zu sehr zu belasten<sup>61</sup>.

### **Perspektiven der transatlantischen Beziehungen**

Die schwierige Bewältigung der vielfachen wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Krisen der Europäischen Union nehmen die europäischen Politiker schon voll in Anspruch. Die kritische Haltung vieler Bürger, wie zuletzt sichtbar bei Wahlen und Referenden nicht nur in Großbritannien, aber auch in Frankreich, Österreich, den Niederlanden und Deutschland gegenüber der EU machen die Integrationsarbeit nicht leichter. Die Europäische Kommission vermag in diesen Krisen derzeit nicht die Leuchtkraft zu erzeugen, um den europäischen Bürger stark in seine Arbeit einzubinden.

Dies führt sicher auch in den Vereinigten Staaten zu einer Geringschätzung der europäischen Institutionen. Es gilt in besonderem Maße für den US-Präsidenten, der multinationalen Organisationen generell mit großem Misstrauen begegnet. Dies trifft die Vereinten Nationen genauso wie NAFTA, NATO, EU und die WTO. Sein Denken ist bisher allein auf binationale Beziehungen ausgerichtet. Für den besonderen Wert der Multinationalität und Integration fehlt ihm bisher jedes Verständnis. In Äußerungen hat er selbst den Zerfall solcher Institutionen, wie etwa der EU, begrüßt. Erst langsam – er ist sozusagen in der politischen Ausbildungsphase – erschließt sich ihm die Notwendigkeit der Kooperation mit solchen Institutionen.

Es kommt zu anerkennenden Bemerkungen zu NATO und EU. Diese stärker pragmatische Haltung ergibt sich aus der Erkenntnis politischer Bedingtheiten, denen sich auch ein mächtiger amerikanischer Präsident nicht entziehen kann. Es ist sicher aber auch darauf zurückzuführen, dass derzeit der Einfluss der radikalen nationalistischen Berater wie Steven Bannon zurückgeht und gleichzeitig das Gewicht der liberaleren und erfahreneren Berater aus der eigenen Familie und den Ministerien für Äußeres, Verteidigung und dem Sicherheitsberater, Tillerson, Mattis, McMaster zunimmt. Diese Ausrichtung des Präsidenten und seines Umfeldes bleibt eine Unsicherheit ob die sich derzeit abzeichnende Hinwendung zu einer kontinuierlichen Politik, die an die frühere Tätigkeit der US-Präsidenten

---

<sup>61</sup> ZEIT 20.4.2017; SZ 26.4.2017.

anschließt, Bestand hat. Sie könnte durch besondere Ereignisse, wie beim Chemieangriff in Syrien, wieder umgestoßen werden.

Die reine Blockadepolitik der Republikaner gegen Obama hat dazu geführt, dass der Präsident über „policy directives“, am Kongress vorbei, seine Entscheidungen durchzusetzen suchte. Diese Praxis hat Trump aufgenommen, da er sich der einheitlichen Entscheidungsfähigkeit der republikanischen Abgeordneten im Senat und besonders im Repräsentantenhaus – siehe Abänderungen von Obamacare – nicht sicher sein kann. Bei den Republikanern gibt es so viele politische Ausrichtungen von den extremen Tea Party – Anhängern, den religiös ausgerichteten Evangelikalen auf der einen Seite und einem antirussisch eingestellten McCain auf der anderen Seite, dass der Fraktionschef Ryan die größten Schwierigkeiten hat, die Republikaner im Repräsentantenhaus hinter sich zu scharen. Sicher sind viele republikanische Abgeordnete nicht einverstanden mit Trumps Verhalten und seiner Politik. Die Einsetzung eines Sonderermittlers zur Aufklärung der Verbindungen von Trumps Wahlkampfteam zu Russland verunsichert den Präsidenten und lässt ihn von, Hexenjagd sprechen<sup>62</sup>.

Bei den Demokraten hat sich nach der „Schockstarre“ der Wahlniederlage Hillary Clintons noch keine Führerschaft herausgebildet. Clinton selbst zeigt wenig Eingeständnis eigener Fehler bei der Wahlkampagne mit der Unterschätzung des Stimmungswandels in den Staaten um die Großen Seen. Sie schiebt die Schuld an ihrer Niederlage auf den Einfluss russischer Hacker und die Verfolgung ihrer E-Mail Affäre durch den FBI. Bernie Sanders wiederum wird von vielen jungen Menschen unterstützt. Seine politischen Ansichten, die auf Europa bezogen sozialdemokratisch zu nennen wären, sind bei den Demokraten nicht mehrheitsfähig. So ist im Verhältnis von Präsident und Kongress das von der Verfassung vorgesehene Ausgleich von „checks and balances“ nicht gegeben. Das mag sich nach Kongresswahlen im Jahre 2018 ändern, wenn dann eventuell stärkere Demokraten auch entscheidenderen Druck auf den Präsidenten ausüben könnten. Allerdings könnte das zu einem stärkeren Rückgriff des Präsidenten führen, mit „policy directives“ zu regieren oder aber den Supreme Court anzurufen, wo Trumpf durch die Wahl von Gorsuch eine Mehrheit der Richter für seine Vorstellungen erwartet. Die einseitige Gewichtung der amerikanischen Politik zum Präsidenten hin, bedeutet für die Europäische Union und die europäischen Staaten, dass sie sich bei den transatlantischen Beziehungen auch stark auf Donald Trump ausrichten müssen.

Bei der Widersprüchlichkeit, der Unberechenbarkeit und dem Mangel an Glaubwürdigkeit der zukünftigen amerikanischen Politik werden folgende Schwerpunkte der: Diskussionen zu erwarten sein Sicherheitspolitik – inzwischen gibt es eine Vielzahl von Äußerungen aus der amerikanischen Administration und von dem Präsidenten über die Bedeutung der NATO. Alle NATO-Staaten sind aber gefordert bis 2024 zwei Prozent des BIP für militärische Ausgaben vorzuse-

---

<sup>62</sup> SZ 19.5.2017.

hen. Durchsetzen wird sich sicher nicht die vereinzelte Ansicht, dass Ausgaben für die Entwicklungspolitik hierbei einzusetzen seien. Unklar und unkalkulierbar bleibt die Haltung Trumps zu Putins Russland. Dies beunruhigt vor allem die osteuropäischen Partner der NATO und die Ukraine. Hier bleibt weiterhin ein Unsicherheitsfaktor, die eventuell noch zu erwartenden Enthüllungen über die Kontakte des Trumpschen Wahlkampfteams zu Russland, die Trump, ähnlich wie früher Nixon – mit allen Mitteln zu verhindern sucht. Auseinandersetzungen zwischen den USA und europäischen NATO-Partnern wird sicher über die Frage des Einsatzes gegen den Terror geben. Trump wird wie von den Muslimen einen stärkeren Einsatz gegen den globalen Terror fordern, während die Europäer, versuchen müssen eine Vermittlerrolle im Nahen Osten einzunehmen, da ihnen die entsprechenden Machtmittel fehlen<sup>63</sup>.

Eine weitere Unsicherheit bleibt ein unterschiedlicher Ansatz in der Klimapolitik. In den USA selbst wird verstärkt im Bereich Kohle, Gas und Öl gefördert. Das wird die globalen Energiepreise relativ niedrig halten, sodass die OPEC trotz einer weiter verringerten Fördermenge die von ihr erwünschten Energiepreise nicht durchsetzen können, da die USA wegen der eigenen gesteigerten Fördermenge weniger Energieimporte benötigen wird. Die Ziele des Pariser Klimaabkommens werden die USA erreichen können, da die lokale Umweltpolitik in den amerikanischen Städten zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes führen kann, unabhängig von der Entscheidung der US-Administration zum Pariser Klimaabkommen. Allerdings wird ein globaler Wirtschaftsaufschwung zu einer Steigerung des Energieverbrauchs führen. Die europäischen Staaten werden aber weiterhin von den relativ niedrigen Energiepreisen für die Senkung der Kosten des eigenen Energieverbrauchs profitieren<sup>64</sup>.

Ein entscheidender Punkt in der Auseinandersetzung zwischen den USA und den EU-Staaten wird die Frage des Freihandels und der Handelsüberschüsse der europäischen Staaten, besonders Deutschland, bleiben. Solange die EZB den EURO-Kurs wegen der Zinsbelastung niedrig hält, bleiben auch die deutschen Handelsüberschüsse gegenüber den Vereinigten Staaten. Hier wird es nötig sein, dass deutsche Regierung die gewonnenen Steuermilliarden stärker in die Ausgaben und weniger in das Sparen steckt. Es muss eine Balance entstehen, die auch die Inflation etwas höher treibt und damit auch die Exportfähigkeit Deutschlands verringert. Der deutsche Finanzminister Schäuble meinte, dass die letzten Gespräche mit den amerikanischen Verantwortlichen ein gewisses Verständnis für die europäischen Argumente zum Freihandel ergeben haben. Aber hier bleibt die America First Parole des Präsidenten, die zu Zöllen gegenüber europäischen Produkten führen kann. Es käme darauf an, in einem solchen Falle nicht mit Gegenmaßnahmen zu antworten. Es würde zu einem protektionistischen Kreislauf

---

<sup>63</sup> SZ 22.5. 2017.

<sup>64</sup> SZ 3.4.2017.



führen, der die Weltwirtschaft wie in der 1930er Jahren belasten könnte. Hier dürfte noch viel Überzeugungsarbeit gegenüber dem amerikanischen Präsidenten bei den Internationalen Konferenzen nötig sein mit dem Argument, das Protektionismus schließlich auch der amerikanischen Wirtschaft schaden würde<sup>65</sup>.

Die populistischen und nationalistischen Kräfte in verschiedenen europäischen Staaten haben die Wahl von Trump in den USA begrüßt und sich damit eine Stärkung ihrer eigenen nationalistischen, antieuropäischen Haltung erhofft. Bisher erscheint das Gegenteil eingetreten zu sein. Das „Kopfschütteln“ der europäischen Eliten und auch der Bevölkerung über die „Eskapaden“ der Trumpschen Politik hat bisher eher zu einer Abwendung von populistischen Parolen geführt. Dazu trug sicher auch bei, dass die Flüchtlingsproblematik derzeit für die Menschen nicht die Dringlichkeit zu haben scheint, obwohl hierfür wirkliche Lösungsansätze keineswegs umgesetzt worden sind. Aber „einfache Lösungen“ scheinen nach den Unklarheiten und bisheriger Widersprüchlichkeit der Politik in den Vereinigten Staaten nicht mehr die bisherige Anziehungskraft zu haben. Es kommt jetzt darauf an, dass die proeuropäischen Verantwortlichen in der Europäischen Union die Überzeugungskraft gewinnen, um gemeinsam in der Diskussion mit Donald Trump und seiner Administration eine Entscheidungsbalance zu finden, die in Politik, Wirtschaft, Klimaproblematik und Sicherheit für Europäer und Amerikaner von Vorteil ist.

---

<sup>65</sup> ZEIT 26.1.2017; SZ 8.3.2017; 9.3.2017; 11.4.2017.